

Deutschland – Abschied von Friedens- politik ?

Anfang September be- gehen die Friedens- bewegung und die Gewerkschaften bundes- weit traditionell den Anti- kriegstag/Weltfriedenstag. Er erinnert an den Beginn des Zweiten Weltkriegs. In weit mehr als 100 Orten fanden aus diesem Anlaß Veranstaltungen und andere Friedensaktionen statt. Im Kreis Pinneberg fand am 6. 9. 2014 eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zu den Themen, „Wurde der Erste Weltkrieg inszeniert?“ und „Deutschland – Abschied von Friedenspolitik?“, statt.

Über 60 Prozent der Deutschen lehnen Waffen- exporte und Auslandsein- sätze der Bundeswehr nach wie vor ab. Um ein breiteres Publikum von der angeblichen „Notwendigkeit“ einer neuen Außenpolitik mit militärischen Mitteln zu über- zeugen, hat das Auswärtige Amt eine breitangelegte Kampagne gestartet. Die der Bundesregierung nahe ste- hende „Stiftung Wissenschaft und Politik“ unterstützt diese Kampagne und hat im letzten Jahr ein gemeinsam mit Politikern aller im Bundestag vertretenen Parteien, mit An- gehörigen Berliner Ministeri- en und wichtiger Presseorga- ne ein Papier zur deutschen Außenpolitik erarbeitet und veröffentlicht, das den Koalitionsvertrag und u.a. die Rede des Bundespräsi- denten auf der Münchener Sicherheitskonferenz beein- flusst hat. In diesem Papier, unter dem Titel „Neue Macht - Neue Verantwortung“, wird eine komplette „Neuver- messung der Außenpolitik“ verlangt, wobei der Einsatz militärischer Mittel nicht von vornherein zu verwerfen sei.

Die Besucher der Anti- kriegstags-Veranstaltung wa- ren sich einig, dass wir der- zeit eine Wende in der deut- schen Außenpolitik erleben, gegen die sich alle stellen müssen, die Deutschland als Land des Friedens wollen.

Steuererhöhungen und Kürzungen werden vorbereitet

Wer bricht die anrollende Welle?

Die Stadtvertretung ist dabei einen neuen An- griff auf die Taschen der Barmstedterinnen und Barmsted- ter zu starten. Begründet durch die schlechte Finanzlage der Stadt mit einem Verwaltungs- haushaltsdefizit von rd. 3 Mio. Euro und rd. 18.5 Mio. Schulden am Ende des Jahres wird hin- und herüberlegt, wo gekürzt und wo die Bürgerinnen mehr zur Kasse gebeten werden kön- nen. Ein erster Vorstoß von FWB, CDU, und SPD, dem sich nur die BALL widersetzt hatte, verlief im Sande: Die Einführung einer Pferdesteuer, einer Zweitwoh- nungssteuer sowie von Parkge- bühren brächte gegenüber den Verwaltungskosten nahezu kei- nen Cent mehr in die Stadtkasse. Aber jetzt geht es weiter: Wenn die Stadt vom Land jährlich eine „Fehlbetragszuweisung“ erhalten will, muß sie bestimmte Vorga- ben der SPD/Grünen-Landesre- gierung erfüllen. Schlichtweg handelt es sich um Erpressung der Kommunalpolitiker: Wenn ihr nicht die Steuern anhebt auf das Niveau, was wir euch vor- schreiben, bekommt ihr keinen Defizitausgleich. Mit diesem Erpressungsszenarium bleibt die SPD/Grünen-Landesregie- rung in der Spur der CDU/FDP- Vorgängerregierung. Zudem ist die Fehlbetragszuweisung von erhofft rd. 120.000,- Euro für 2013 bei 3 Mio. Euro Defizit nur etwas mehr als ein Tropfen auf



den heißen Stein. Um eine Fehl- betragszuweisung zu erhalten, droht u. a.:

Weitere Erhöhung der Grund- steuer B? Diese soll wahr- scheinlich schon auf der näch- sten Stadtvertreterversammlung am 7. Oktober von 380 auf mindes- tens 390 v. H. erhöht werden; dies träfe vor allem Eigenheim- besitzer sowie Mieter, denn die Grundsteuer wird auf die Miet- nebenkosten umgelegt.

Erhöhung der Gewerbe- steuer ? Die Gewerbesteuer soll von 360 v. H. auf mindes- tens 370 v. H. erhöht werden, wahrscheinlich auch auf der Stadtvertreterversammlung am 7. Ok- tober. Eine Gewerbesteuerer- höhung träfe in erster Linie die Stadtwerke sowie eine Handvoll

mittelständischer Unternehmen. Die Meierei zahlt gar keine Ge- werbesteuer.

Weitere Erhöhung der Hun- desteuer ? Die Landesregie- rung fordert bereits ab 2015 eine Erhöhung der Hundesteuer für den ersten Hund von jetzt 108,- Euro auf 120,- Euro .

Noch höhere Straßenaus- baubeiträge ? Es droht eine Anhebung der Anliegeranteile beim Ausbau von Anliegerstra- ßen von jetzt 75 % auf 85 %, ebenso in Haupteinliegerstra- ßen von jetzt 50 % auf 55 %.

Einführung von Sporthal- lengebühren ? Das Gemeinde- prüfungsamt, das über die Höhe der Fehlbetragszuweisung ent- scheidet, hat schon mal 20.000,- Euro angesetzt, mit dem sie

Bravo Bundeswehr

Das klingt doch prima: Schwimmen im Mittelmeer, Zelten am Strand, Sport und Spaß. Jugendliche dürfen schnell be- geistert sein von der Aussicht auf solch eine Ferienwoche. Und dann noch auf Sardinien. Da das Ganze nicht nur ein schöner Urlaub sein soll, sondern durch Kontakte zum potentiellen „Arbeit- geber (Bundeswehr)“ und der Möglichkeit garniert wird, künftige Kollegen mit „ganz persönlichen Fragen zu löchern“, müssen sie nicht mal Angst haben, als Faulenzer dazustehen. Auf ihrer Internetseite bewarb die Jugendzeitschrift Bravo in die- sen Sommermonaten das als „Sommer Highlight 2014“: „Gewin- ne einen Platz im Bundeswehr Adventure Camp auf Sardinien!“ Zwischen Tips von Dr. Sommer und der Foto-Lovestory endlich mal Handfestes und „eine echte Herausforderung“.

werden, hat die BALL-Fraktion eine Beteiligung abgelehnt. Die BALL-Fraktion wird sich all die- sen Versuchen, die Finanznot der Gemeinde weiter auf die Bürge- rinnen und Bürger abzuwälzen, konsequent widersetzen. Die Fi- nanznot der Stadt kommt nicht daher, weil die Stadt über die Verhältnisse gelebt hätte: Rund 80 % der Schulden resultieren im Wesentlichen aus notwen- digen Investitionen in Schulen, Sporthallen oder Kindergärten. Die Hauptursache für die Fi- nanznot ist eine viel zu geringe Steuerzuweisung von Land und Bund, um die den Gemeinden zugewiesenen Aufgaben zu er- füllen. Riesige Milliardenbeträge an Steuereinnahmen gehen dem Staat verloren durch Steuerhin- terziehung, legale Steuerflucht, Steuervergünstigungen an Groß- konzerne und Einkommensmil- lionäre, ebenso werden riesige Milliardenbeträge für Kriegsein- sätze, gefährliche Wirtschafts- sanktionen gegen Russland oder die Rettung verzockter Banken ausgegeben. Mit nur einem Teil dieser Milliarden wären die Haushalte der Kommunen tat- sächlich konsolidiert. Da CDU/ CSU/SPD und Grüne eine solche gegen das große Kapital und auf Entspannung ausgerichtete Poli- tik nicht vertreten, lassen sie die Gemeinden mit ihrer Finanznot allein und schicken stattdessen ihre Gemeindevertreter vor Ort los, das Geld von den Bürgerin- nen und Bürgern einzutreiben. Da dies erstens die tatsächli- chen Ursachen der Finanznot verschleiert und zweitens ex- trem unsozial ist, wird sich die BALL dem weiterhin widerset- zen. Und die Barmstedterinnen und Barmstedter tun gut daran sich für ihre eigenen Interessen einzusetzen, um die anrollende Welle der Steuererhöhungen und Kürzungen zu brechen.

Stadtvertretung setzt 250.000,- Euro auf Schwarz und verliert

Roulettespiel mit Steuergeldern

Auf einer Sondersitzung am 29.7.2014 bewillig- te die Stadtvertretung mit einer knappen Mehrheit aus CDU, SPD sowie eines FWB- Stadtvertreter einen Zuschuss an die Stadtwerke von zunächst rd. 100.000,- Euro im ersten Bauabschnitt, um beim jetzigen Ausbau der Kreisstraße K2 zwi- schen Lutzhorn und Barmstedt Versorgungsleitungen mit zu verlegen. Da für den folgenden zweiten Bauabschnitt weitere Mittel bereit gestellt werden müssen, wird die Stadt insge- samt rd. 250.000,- Euro inves-

tieren für ein spekulatives Abo- teuer: Die Versorgungsleitungen sollen für ein nicht vorhandenes Gewerbegebiet an der K18, das noch niemand beschlossen hat und das zudem mit hoher Wahr- scheinlichkeit auch nicht entste- hen wird, da die Landesplanung zu Recht eine weitere Zersie- delung der Landschaft ablehnt. Dann sollten die Versorgungslei- tungen vielleicht genutzt werden können, um bei der Vergabe der Konzessionen im Bereich Lutz- horn mitzumischen. Im Klartext: Eine Mehrheit der Stadtvertre- tung, die ansonsten immer mit

großen Worten von „Sparen“ redet, läßt rein spekulativ Lei- tungen für rd. 250.000,- Euro verlegen und weiß nicht wofür. Die BALL-Fraktion, je eine Stadt- vertreterin von SPD und Grünen sowie ein Stadtvertreter der FWB lehnten dieses Roulette-Spiel mit Geldern, die letztlich die Barmstedter aufbringen müssen, ab. „Statt der äußerst riskan- ten 250.000,- Euro Spekulation hätte die Stadtvertretung die Gelder sicher für absolut akute Massnahmen einsetzen können: das sind immerhin ein Viertel der Kosten für einen dringend benö-

tigten weiteren Kindergarten oder für die Sanierung der alten „Knabenschule“ in der Schul- strasse“, so BALL-Fraktionsspre- cher Dr. Günter Thiel.

Zweiter Teil der Geschichte: Inzwischen ist von Seiten des Landes (zum wiederholten Mal) definitiv erklärt worden, dass es kein Gewerbegebiet an der K18 geben wird. Wenn zum Zeit- punkt des Redaktionsschlusses dieser Zeitung schon mit dem Verlegen der Leerrohre begon- nen wurde, dann läuft ein Rohr nach Nirgendwo.

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name _____

Vorname _____

Straße _____

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

AG Stolpersteine weihet Gedenktafel ein

Gegen das Vergessen

Am Vorabend des 1. September (Kriegsbeginn d. Zweiten Weltkriegs) lud die Arbeitsgemeinschaft Stolpersteine für Barmstedt zu einer Einweihungsfeier für eine Gedenktafel auf den Barmstedter Friedhof ein, die an die in Barmstedt verstorbenen Zwangsarbeiter aber auch an Kinder von Zwangsarbeitern, erinnern soll. Als Gastredner trat Dr. Jürgen Brüggemann, der Kreisvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, auf. Nachfolgend sein Redebeitrag:

„Vor 75 Jahren stand Europa am Beginn eines Krieges schrecklicher und opferreicher als alle zuvor.

5 Jahre später hatte der vom faschistischen Deutschland ausgegangene Eroberungs- und Vernichtungskrieg seine blutige Spur hinterlassen. In vielen Ländern Europas lagen Städte und Dörfer in Trümmern, war die Infrastruktur zerstört und ihre Ressourcen ausgeplündert. Menschen, die den Eroberern Widerstand entgegen setzten, ihnen im Wege standen oder aus rassistischen Gründen dem Vernichtungsprogramm anheim fielen, wurden ermordet. So hatte Polen am 1. September 1939 überfallen, Ende 1944 ein Drittel seiner Bevölkerung verloren. In allen eroberten Ländern war die jüdische Bevölkerung, waren Sinti und Roma verschleppt, in

Ghettos gepfercht oder bereits Opfer eines beispiellosen, industriell organisierten Massenmordes geworden.

Eroberung und Vernichtung reichten den Eliten in der deutschen Politik und Wirtschaft nicht. Aus dem Ersten Weltkrieg hatten sie die Lehre gezogen, dass dem Durchhaltewillen der Zivilbevölkerung eine erstrangige Bedeutung zukommt. Die Versorgung musste sichergestellt, die Landwirtschaft und die Industrie mussten am Laufen gehalten werden. Dazu wurden die eroberten Länder gnadenlos ausgeplündert. Ihre Rohstoffe, alle erbeutbaren Produkte aus Landwirtschaft und Industrie wurden ins Reich gebracht, dienten der Rüstungsproduktion und der Versorgung der deutschen Bevölkerung.

Groß war auch der Bedarf an der menschlichen Arbeits-

kraft. Zu Beginn des Krieges umfasste die Truppenstärke der deutschen Wehrmacht in allen Teilstreitkräften 4,5 Millionen. 1944 waren es mehr als 9 Millionen. Abhilfe sollte die Dienstverpflichtung von Frauen schaffen. Es wurden Kriegsgefangene zur Arbeit heran gezogen und im großen Umfang KZ-Häftlinge der Vernichtung durch Arbeit ausgeliefert. Das alles reichte nicht, um Ausgleich zu schaffen. 5 – 6 Millionen Zivilisten wurden aus den eroberten Ländern nach Deutschland zur Sklavenarbeit verschleppt. Die Zwangsarbeit wurde von den Zivilbehörden organisiert, von der Polizei und Wehrmacht exekutiert und in den Unternehmen in Profit umgemünzt.

Von den in die Zwangsarbeit Gepressten waren mehr als die Hälfte Frauen, viele von ihnen unter 20. Sie litten unter der



Trennung von ihren Familien, ihren Freunden und ihrer Heimat. Sie wurden brutal ausgebeutet, oft mussten sie hungern und wurden Opfer von Krankheiten. Für die kleinsten Vergehen wurden sie hart bestraft.

Auch in Barmstedt erlebten 12 Zwangsarbeiter, Zwangsarbeiterinnen, und deren Kinder das Kriegsende nicht oder sie starben noch in der Fremde an den Folgen von Krankheit und Unternahrung.

Ihre letzte Ruhestätte dem Vergessen entrissen zu haben ist die Bedeutung der hier eingeweihten Tafel. Die Anonymität zu überwinden, den Opfern einen Namen zu geben, heißt ihnen ein Stück ihrer Würde zurück zu geben.

Wir verneigen uns vor dem Andenken der hier bestatteten Menschen.

Im Namen der Kreisvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten möchte ich allen Barmstedterinnen und Barmstedtern, namentlich der Arbeitsgemeinschaft Stolpersteine herzlich danken.

Durch das Engagement vieler wird so die Erinnerung wach gehalten und als Mahnung erhalten bleiben.

Auf die Bedeutung einer stets wachen Erinnerung wies Erich Fried in einem kleinen Gedicht hin:

Ca ira? für Peter Weiss

Die Verbrechen von gestern haben die Gedenktage an die Verbrechen von vorgestern abgeschafft Angesichts

Baugebiet Düsterlohe/Bornkamp:

Dumm gelaufen

Die Stadtvertretung hatte im Juni den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan an der Düsterlohe gefaßt. Dieser umfaßt die ehemaligen Baumschulflächen zwischen Norderstrasse und den Sportplätzen sowie zwischen der Bahnlinie und den Sportplätzen. Die Stadt wollte die Flächen erwerben und nach abschliessender Baulandausweisung selbst vermarkten. Nach erster überschlägiger Kalkulation sollte am Ende rund eine halbe Million überschuss die Finanznot der Stadt etwas lindern. Auf der gleichen Stadtvertreteritzung im Juni, in der der Aufstellungsbeschluss gefaßt wurde, sollte zugleich quasi im Blitzverfahren der Kaufvertrag für die Grundstücksflächen beschlossen werden, ohne dass der Stadtvertretung eine aktuelle Kalkulation für das rund 4 Mio. Euro umfassende Riesenprojekt vorlag. Die BALL-Fraktion kritisierte massiv, dass in keinem Ausschuss bislang über die Kosten, Folgekosten und das voraussichtliche Gesamtergebnis beraten wurde. Dieser

Kritik schloss sich die Stadtvertretung an, und die Bauamtsleitung sollte dem Bauausschuss auf seiner nächsten Sitzung am 17.6.2014 die aktuellen Kalkulationsdaten zur Beratung vorlegen, damit dann ggf. am 8.7.2014 auf einer außerordentlichen Stadtvertreteritzung der Ankauf der Flächen beschlossen werden könnte. Auf dieser Bauausschussitzung dann der große Frust: Die erforderlichen Lärmschutzmassnahmen um die Sportanlage Düsterlohe und entlang der Tennisplätze am Bornkamp waren gar nicht bzw. unzureichend berücksichtigt worden. Es müsse eine mehr als fünf Meter hohe Lärmschutzwand rund um das Baugebiet errichtet werden, was zusätzliche Kosten von rund 400.000,- Euro sowie eine Unverkäuflichkeit der Flächen hinter der Lärmschutzwand zur Folge hat. Aus der erhofften halben Million Überschuss wäre eher ein Defizit von rd. einer halben Million für die Stadt herausgekommen, hätte die Stadtvertretung übereilt im Juni den Kaufvertrag beschlossen.

der Verbrechen von heute machen wir uns zu schaffen mit den Gedenktagen an die Verbrechen von gestern Die Verbrechen von morgen

werden uns Heutige abschaffen ohne Gedenktage wenn wir sie nicht verhindern"

Fracking über CETA- und TTIP-Handelsabkommen?

Proteste gehen weiter



Der Widerstand in unserer Region gegen ein mögliches „fracking“ im Bereich zwischen Barmstedt und Neumünster im „Erlaubnisfeld Bramstedt“ geht weiter. Wie berichtet hat der kanadische Konzern PRD Energy vom zuständigen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie mit Sitz in Hannover die Erlaubnis erhalten zwischen Barmstedt und Neumünster nach Kohlenwasserstoffvorkommen (Erdöl; Gas) zu suchen. Beim fracking werden mit hohem Druck Wasser, Sand und oftmals hochgiftige Chemikalien in das Bohrloch gepumpt, um das Gestein aufzubrechen. Durch die entstandenen Risse („fracs“) im Gestein können Gas und Öl dann zum Bohrloch strömen. Es besteht die Gefahr, dass das Grundwasser verseucht wird, wie umfangreiche Erfahrungen in den USA zeigen.

Die letzten Protestaktivitäten: In Brande-Hörnerkirchen hat sich am 5. August die Bürgerinitiative „Frackingfreies Auenland“ gegründet. Nachdem die Barmstedter Stadtvertretung

bereits am 11. 12. 2012 auf Initiative der BALL-Fraktion sich einstimmig gegen ein mögliches fracking ausgesprochen hat, haben jetzt in einer von der FWB initiierten Unterschriftensammlung mehr als 1500 Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift ein Verbot von fracking gefordert. Die Stadt Barmstedt sowie die Gemeinden Brande-Hörnerkirchen, Bokel, Osterhorn und Westerhorn haben gemeinsam über ein Anwaltsbüro Widerspruch gegen die Erlaubniserteilung für PRD Energy eingelegt. Durch den schnell anwachsenden Widerstand sah sich der PRD Energy-Konzern gezwungen zu beschwichtigen. In der „Barmstedter Zeitung“ erklärte am 11. 8. ein Vertreter der deutschen PRD Energy-Tochter, dass im Erlaubnisfeld Bramstedt kein fracking geplant sein. Man wolle sich - „erstmal“ – mittels einer anderen Bohrtechnik auf die alten Ölfelder im Norden des Kreises und bei Boostedt konzentrieren. Diese Erklärung hätte sich der Konzern auch schenken können, denn „erstmal“ geht es

sowieso um die Erkundung, ob in tieferen Gesteinsschichten genügend Kohlenwasserstoffvorkommen vorhanden sind, die genügend Profite bei der Förderung abwerfen. Jeder kann sich denken, wie es weiter geht, wenn dies der Fall sein sollte.

Während die SPD/Grünen-Landesregierung in Schleswig-Holstein sich für ein grundsätzliches fracking-Verbot einsetzt, geht der von der CDU/SPD-Bundesregierung und SPD-Wirtschaftsminister Gabriel und Umweltministerin Hendricks (SPD) vorgelegte Gesetzentwurf in die entgegengesetzte Richtung: fracking soll grundsätzlich erlaubt werden – mit gewissen Einschränkungen, so u. a. Verbot in Wasserschutzgebieten. Die LINKE und die Grünen im Bundestag sprechen daher von einem „Fracking-Ermöglichungsgesetzentwurf“.

Daneben drohen andere Gefahren, verbunden mit dem Schlüsselwort CETA: Das „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (CETA) ist ein zwischen der EU-Kommission und

den dahinter stehenden EU-Konzernen und Kanada geheim ausgehandeltes Handelsabkommen. Dies beinhaltet auch ein umstrittenes Investitionsschutzabkommen. Danach könnten kanadische Firmen wie PRD Energy gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Schadensersatz Klagen in Milliardenhöhe einreichen, wenn ihnen Gewinnmöglichkeiten wie beispielsweise die Ausbeutung der Erdgasvorkommen per fracking in Deutschland durch Gesetze in Deutschland verwehrt würde. Verhandelt werden diese Klagen vor außerstaatlichen, quasi privaten und sicherlich nicht konzernfeindlichen Schiedsstellen. Dies bedeutet eine Einschränkung der Demokratie. Es erschwert den Schutz von Umwelt, VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen, schränkt die Handlungsmöglichkeiten der gewählten Parlamente ein und bringt Milliarden von Steuergeldern in die Kassen der Konzerne.

Seit langem wird ebenfalls in unglaublichen Geheimverhandlungen, über die nicht einmal die

Europaparlamentarier informiert werden, ein analoges Abkommen zwischen der EU und den USA (TTIP-Abkommen) vorbereitet. Damit wären die Weichen für Fracking in der EU und somit auch in Deutschland gestellt. Die CDU/SPD-Koalition, die sowieso die Interessen der großen Konzerne vertritt, wird auf die immensen Kosten verweisen, die eine politische Verweigerung

sich auf die eigenen Kräfte zu verlassen. Letztlich wird fracking nur durch einen entschlossenen und starken Widerstand in der Bevölkerung zu verhindern sein. Es sollte auch das Ziel sein, die möglicherweise betroffenen rund 100 Gemeinden im „Erlaubnisfeld Bramstedt“ zusammen zu schliessen, um gemeinsam auch starken juristischen Widerstand zu entwickeln.



einer Förderlizenz für ausländische Erdgasfördergesellschaften auf den deutschen Staat verursachen würde. CETA und TTIP machten es möglich.

Die Menschen in den betroffenen Regionen tun gut daran

Auch die Proteste gegen CETA und TTIP auf EU-Ebene werden immer stärker. Ab September startete eine Internetpetition mit dem Ziel 1 Million Unterzeichner zu finden (<http://www.umweltinstitut.org>).